

Daniel Buhr, Rolf Frankenberger, Annalisa Ludewig

Auf dem Weg zu Wohlfahrt 4.0 – Digitalisierung in Estland

politik für europa
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

politik für europa #2017 plus

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung „Politik für Europa“. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine „Politik für Europa“!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autor_innen der Länderstudien

Prof. Dr. Daniel Buhr lehrt Policy Analyse und Politische Wirtschaftslehre am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Claudia Christ, M. A.**, ist Stipendiatin im Promotionskolleg „International-vergleichende Forschung zu Bildung und Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat“ der Hans-Böckler-Stiftung und der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Dr. Rolf Frankenberger** ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er lehrt und forscht im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft. **Marie-Christine Fregin, M. A.**, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politische Wirtschaftslehre und Politikfeldanalyse am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Prof. Dr. Josef Schmid** ist Professor für Politische Wirtschaftslehre und Politikfeldanalyse und zurzeit hauptamtlicher Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Markus Trämer, B. A.**, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Policy Analyse und Politische Wirtschaftslehre am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Michèle Auga ist Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika.

Beate Martin ist Referentin im Referat Westeuropa/Nordamerika.

Daniel Buhr, Rolf Frankenberger, Annalisa Ludewig

Auf dem Weg zu Wohlfahrt 4.0 – Digitalisierung in Estland

ESTLAND

1. ABSTRACT

- Estland gilt als Digitalisierungspionier. Seit dem Jahr 2000 existiert ein Grundrecht aller Bürger_innen auf einen Internetzugang. Zudem hat sich Estland zur konsequenten regelmäßigen Erneuerung der IT-Infrastruktur verpflichtet, was zu einer gut ausgebauten Breitband-Infrastruktur führte. Während Estland gerade bei digitalen öffentlichen Dienstleistungen, E-Government und der privaten Nutzung des Internets Vorreiter ist, besteht Nachholbedarf im Bereich der Integration digitaler Technologien in die Ökonomie.
- Im Politikfeld Gesundheit finden sich zahlreiche digitale Pionierleistungen. Die „E-Estonian E-Health Foundation“ koordiniert die Digitalisierung des Gesundheitswesens mit Erfolg. Estland implementierte im Jahr 2008 als erstes Land der Welt ein landesweit einheitliches System einer elektronischen Patientenakte zur Speicherung der Krankengeschichte eines/einer jeden Einwohners/Einwohnerin (Electronic Health Record EHR).
- Die estnische Arbeitsmarktpolitik folgt einem liberalen Kurs. Seit Beginn der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise orientiert sich die estnische Arbeitsmarktpolitik stark am Flexicurity-Modell nach dänischem und niederländischem Vorbild. Der Einfluss der Sozialpartner ist dabei eher gering.
- Es werden erhebliche Ressourcen in den Ausbau digitaler Kompetenzen der Bevölkerung gesteckt. Mit verschiedenen Programmen sollen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes mit Blick auf die Digitalisierung künftig noch besser bedient werden.
- Die estnische Innovationspolitik setzt auf die Digitalisierung und vor allem auf die Förderung des Unternehmertums. So stützt sich die estnische Wirtschaft auf eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen und weist eine überdurchschnittliche Gründerquote auf.
- In ihrer Digitalen Agenda 2020 bündelt die Regierung ihre Maßnahmen zur Verbesserung der IKT-Infrastruktur als Treiber der estnischen Wettbewerbsfähigkeit.

2. EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER DAS POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE SYSTEM

Die Republik Estland wurde am 20.8.1991 von der Sowjetunion unabhängig, die aktuell gültige Verfassung trat nach einem Referendum im Juli 1992 in Kraft. In der Verfassung sind die Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie verankert, in der das Volk die höchste Gewalt besitzt. Während in der Verfassung in §53 der Schutz von Lebensraum und Umwelt verankert ist, kennt sie keine sozialen Grundrechte, sodass der Sozialstaat schon formal geringe Bedeutung erfährt. Der nördlichste baltische Staat trat im Mai 2004 der EU bei, führte als erster baltischer Staat 2011 den Euro als Währung ein und ist volles Mitglied der OECD. Nach der Unabhängigkeit führte Estland umfassende politische und ökonomische Reformen durch. Dabei wurde der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft konsequent und erfolgreich beschritten. Die wirtschaftliche Entwicklung Estlands wurde durch das Krisenjahr 2009 unterbrochen, und die Wirtschaftsleistung brach um 14 Prozent ein. Doch seit 2011 befindet sich Estland wieder auf einem Wachstumspfad. Wichtige Wirtschaftszweige sind dabei die verarbeitende Industrie, Transport, Telekommunikation, Tourismus und Handel. Hohe Wachstumsraten werden im Dienstleistungssektor erzielt. 2015 wuchs das reale BIP um 1,4 Prozent. Zwar liegen 2016 die durchschnittliche Wirtschaftsleistung und die nominale Arbeitsproduktivität unter dem EU-Durchschnitt, allerdings gilt dies auch für die Arbeitslosenquote (6,8 Prozent). Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sind mit 1,44 Prozent des BIP ebenso wie die Anzahl der Tertiärab-schlüsse (13,2 von 1.000) in den sogenannten MINT-Fächern ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt (s. Tabelle 1).

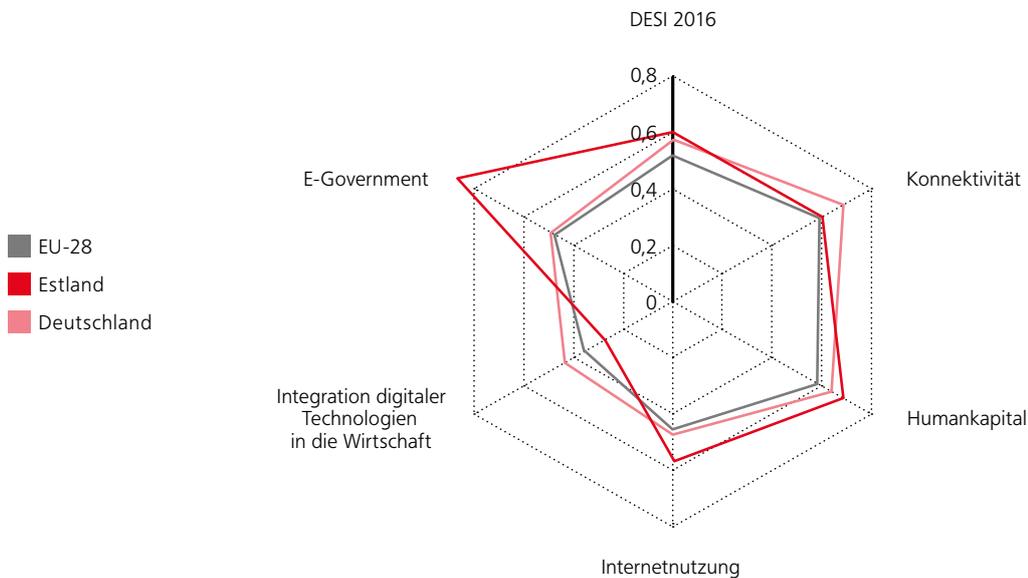
Mit den ökonomischen Reformen einher gingen Reformen des Sozialstaats. Mit einem mit 14,8 Prozent des BIP sehr niedrigen Anteil der Sozialausgaben, einer überdurchschnittlichen Einkommensungleichheit, einem sehr niedrigen Organisationsgrad der Arbeiterschaft und einer nur schwachen Institutionalisierung der Arbeitsmarktbeziehungen weist der estnische Wohlfahrtsstaat typische liberale Kennzeichen auf. Eine besondere gesellschaftliche Herausforderung besteht in der Integration der russischen Minderheit und der durch

Tabelle 1
Estland im Überblick¹

Indikator	Estland	EU-28
Staatsform	parlamentarische Republik	
Staatsorganisation	unitarisch	
Parteiensystem	Mehrparteiensystem	
Wahlsystem	Verhältnisswahl	
EU-Mitglied seit	1.5.2004	
Einwohner_innen/km ²	30,3	116,7
Urbanisierung (% der Bevölkerung)	68	74
Wohlfahrtsregime	liberal	
Einkommensungleichheit (Verteilungsquintil)	6,2	5,2
Sozialausgaben (% des BIP)	14,8	28,6
BIP/Kopf (KKS, Index: EU=100)	74	100
Wachstumsrate (reales BIP im Vergleich zum Vorjahr)	1,4	2,2
Haushaltsdefizit/-überschuss (% des BIP)	0,4	-2,4
Arbeitsproduktivität nominal je Beschäftigten (Index: EU=100)	69,7	100
harmonisierte Arbeitslosenquote	6,8	8,6
Trade Union Density (0–100)	5,65	
F&E-Gesamtausgaben (% des BIP)	1,44	2,03
Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mindestens Sekundarstufe II (in %)	83,4	82,7
Tertiärabschlüsse in MINT-Fächern (pro 1.000 Absolvent_innen)	13,2	17,1
DESI (0–1; 1=digitalisierte Gesellschaft)	0,59	0,52
Anteil regelmäßiger Internetnutzer_innen (16–74 Jahre) in %	86	76
Internetzugangsdichte (% der Haushalte)	88	83
Anteil Haushalte mit Breitbandanschluss (in %)	87	80
Anteil Unternehmen mit Breitbandanschluss (in %)	97	95

¹ Datenquellen, wenn nicht anders spezifiziert: Eurostat, <http://www.ec.europa.eu/eurostat> (3.10.2016), Daten von 2016 oder nächst verfügbarem Jahr; Daten zum Wohlfahrtsstaatstypus: <http://www.learneurope.eu/index.php?cID=300> (3.10.2016); Daten zum Urbanisierungsgrad: data.worldbank.org (3.10.2016); Daten zur Trade Union Density: OECD, https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=UN_DEN (3.10.2016); Daten zur Digitalisierung: Digital Economy and Society Index (DESI) 2016, <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/digital-agenda-scoreboard> (28.9.2016).

Abbildung 1
Entwicklung der digitalen Gesellschaft in Estland im Vergleich



Auswanderung kontinuierlich schrumpfenden Bevölkerungszahl. Hier bietet unter anderem die Digitalisierung große Entwicklungschancen. Denn trotz einer vergleichsweise geringen Urbanisierung – lediglich 68 Prozent der Bevölkerung leben in Städten – weist Estland viele Kennzeichen einer digitalisierten Gesellschaft auf. Der Anteil der regelmäßigen Internetnutzer_innen liegt ebenso wie der Anteil von Privathaushalten und Unternehmen, die über Breitbandanschlüsse verfügen, weit über dem EU-Durchschnitt.

3. STAND DER DIGITALISIERUNG

Estland wird daher zurecht häufig als Digitalisierungspionier bezeichnet. So wurde bereits im Jahr 2000 vom estnischen Parlament ein Grundrecht aller Bürger_innen auf einen Internetzugang eingeführt. Zudem beschloss das Parlament, dass die IT-Infrastruktur alle sieben Jahre erneuert werden müsse, um den Fortschritt zu gewährleisten. Dieses Bekenntnis zeigt sich beispielsweise auch in einer recht früh verwirklichten, gut ausgebauten Breitband-Infrastruktur, wenngleich diese jedoch seit Jahren etwas stagniert und immer noch nur für die urbanen Räume gilt. Mehr als zwölf Prozent der estnischen Bevölkerung warten hingegen noch auf schnelles Internet. Das sind deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (drei Prozent) (Digital Economy and Society Index 2016). Dafür liegt das Land mit mobilen Breitbandanbindungen auf dem dritten Platz der EU-Länder, was auch an den niedrigen Kosten für die mobile Telefon- und Internetnutzung und die große Verfügbarkeit von WLAN-Netzen liegt.

Bezieht man neben den rein technischen Parametern weitere Indikatoren mit ein, so gehört Estland mit Platz sieben im DESI 2016² gemeinsam mit Deutschland, Österreich oder den Niederlanden zu den Staaten, die in der Entwicklung der digitalen Ökonomie besonders weit sind.

Estland liegt in allen Teilindizes über dem EU-Durchschnitt und zeichnet sich insbesondere durch hohe Wachstumsraten aus. Während Estland Vorreiter bei der Entwicklung digitaler öffentlicher Dienstleistungen und bei der privaten Nutzung des Internets ist, besteht deutlicher Nachholbedarf im Bereich der Integration digitaler Technologien in die Ökonomie. Hier belegt Estland in der EU lediglich den 22. Rang (DESI 2016).

Estland nahm im Bereich der digitalen Verwaltung früh eine europaweite Spitzenstellung ein. Grundlage der frühen Digitalisierung breiter Teile der Verwaltung war die im Jahr 2001 eingeführte dezentralisierte Onlineplattform namens „X-Road“, über die mittlerweile rund 1.000 Institutionen eingebunden sind, die eine Vielzahl von digitalen Diensten anbieten. Inzwischen hat sich eine Fülle von „e-Services“ etabliert: So besitzt nahezu jede/r Este/in eine e-ID Card, die seit 2007 auch mobil verfügbar ist (e-Estonia 2016). Zudem können Est_innen seit 2002 per Mobiltelefon bezahlen, seit vielen Jahren auch ihre Steuererklärung komplett online abwickeln und seit 2005 online wählen (zunächst bei Kommunalwahlen). Bei den Europawahlen 2014 wurde bereits jede neunte Stimme elektronisch abgegeben, und bei den Parlamentswahlen am 1.3.2015 stimmte sogar jede_r fünfte Wahlberechtigte per Internet ab.

² Der DESI ist ein aus fünf Dimensionen zusammengesetzter Index, der die Entwicklung der EU-Staaten hin zu einer Digitalen Gesellschaft untersucht. Der von der EU-Kommission (DG CNECT) entwickelte Index umfasst Konnektivität, Humankapital, Internetnutzung, Integration digitaler Technologien in der Ökonomie und digitale öffentliche Dienste (E-Government). Der Index variiert zwischen 1 und 0, wobei 1 den besten Wert darstellt, vgl. <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/digital-agenda-scoreboard> (28.9.2016).

4. POLITIKFELD GESUNDHEIT

Innerhalb der Europäischen Union weist Estland mit 16,4 Prozent am BIP die niedrigsten Sozialausgaben auf (OECD 2016); demzufolge sind die staatlichen Aufwendungen für den Wohlfahrtsstaat und die Umverteilung innerhalb des Systems eher gering. Dafür ist die Ungleichheit in der Gesellschaft groß (Weltbank 2016). Obwohl Estland in vielen Bereichen des Wohlfahrtsstaats große Ähnlichkeiten mit dem liberalen Typ aufweist, lassen sich im Gesundheitsbereich durchaus auch Merkmale eines konservativen oder sozialdemokratischen Systems finden. Zum einen ist die Dekommodifizierung – zum Beispiel beim Krankentagegeld mit einer Ersatzleistung von rund 70 Prozent des Gehalts – relativ hoch, zum anderen folgt die medizinische Versorgung einem Ansatz hoher Gleichbehandlung der Versicherten, wenngleich insgesamt auf einem eher niedrigen Niveau.

Das estnische Gesundheitssystem wurde nach der Unabhängigkeit von der Sowjetunion zunächst dezentralisiert und teilprivatisiert (vor allem die Krankenhäuser; vgl. Ross 2015). Mit dem National Health Plan aus dem Jahr 2008 lassen sich jedoch wieder stärkere Zentralisierungstendenzen erkennen, die auch durch die Bündelung von Kompetenzen erreicht worden sind: Für das Politikfeld ist auf nationaler Ebene das Sozialministerium (Sotsiaalministeerium) zuständig, das so wohl für Gesundheit als auch für Arbeit, soziale Sicherheit, Kinder und Familie sowie Geschlechtergleichheit verantwortlich zeichnet. In Estland herrscht für alle Staatsbürger_innen und Einwohner_innen, die „Sozialsteuer“ (Sotsiaalmaks) zahlen, Krankenversicherungspflicht. Die Krankenversicherung wird von den Arbeitgeber_innen finanziert, die 13 Prozent des monatlichen Bruttogehalts in die „Eeti Haigekassa“ (Estonian Health Insurance Fund EHIF) einbezahlen (insgesamt werden 33 Prozent des Einkommens als Sozialsteuer abgeführt: 13 Prozent für den EHIF und 20 Prozent für die Rentenversicherung).

Die staatlichen Ausgaben für Gesundheit sind zwischen 2000 und 2015 zwar sukzessive gestiegen, aber mit rund 4,2 Prozent des BIP eher gering. Auch fällt auf, dass verhältnismäßig wenige Menschen im Gesundheitswesen beschäftigt sind (OECD 2016), während zudem viele Pflegekräfte und Ärzt_innen emigrieren. Daher ist gerade auf dem Land die medizinische Versorgung angespannt, weil sowohl die Zahl der Krankenhäuser als auch die der Fachärzt_innen seit Jahren rückläufig ist. Demgegenüber sind die verfügbaren Pflegeplätze in den vergangenen Jahren enorm gestiegen.

Auch im Politikfeld Gesundheit finden sich zahlreiche Belege für die These des Digitalisierungspioniers. Seit 2005 besteht mit der „E-Estonian E-Health Foundation“ ein Forum, dessen Aufgabe es ist, die Digitalisierung des Gesundheitswesens zu koordinieren. Mit sichtbarem Erfolg. So implementierte Estland im Jahr 2008 als erstes Land der Welt ein landesweit einheitliches System einer elektronischen Patientenakte zur Speicherung der Krankengeschichte eines/einer jeden Einwohners/Einwohnerin (Electronic Health Record EHR). Auf die elektronische Gesundheitsakte haben Ärzt_innen und Patient_innen gleichermaßen Zugriff. Patient_innen können jedoch den Zugriff auf die Akte beschränken. Mehr als 70 Prozent der Est_innen nutzen den EHR (e-Estonia 2016), wobei gerade ältere Menschen – zumal auf dem Land – Schwierigkeiten damit haben, sowohl was den technischen

Zugang als auch die Kompetenzen betrifft. Daher hat die estnische Regierung bereits im Jahr 2002 eine Initiative ins Leben gerufen, die den Umgang mit dem Internet möglichst allen Gesellschaftsgruppen näherbringen soll. Denn der EHR bietet den Bürger_innen auch die Möglichkeit, Arzttermine zu vereinbaren und an sie erinnert zu werden oder Telekonsultationen mit den behandelnden Ärzt_innen durchzuführen. Eine weitere wichtige Funktion ist die Verschreibung von Medikamenten. Inzwischen werden 98 Prozent aller Rezepte online über das X-Road-System abgewickelt.

5. POLITIKFELD ARBEIT

Der estnische Arbeitsmarkt weist eine hohe Dualisierung auf. Zum einen findet sich, vor allem in den urbanen Räumen, eine große Zahl Hochqualifizierter, zum anderen gibt es große Teile gerade der älteren Kohorten im erwerbsfähigen Alter, die eher schlecht qualifiziert sind und häufig auf dem Land wohnen, was sich auch in der Langzeitarbeitslosenstatistik ablesen lässt. Hiervon sind besonders ältere Arbeitnehmer_innen betroffen, zudem Nichtest_innen – meist mit russischen Wurzeln –, die vor allem im Nordosten des Landes leben.

Die estnische Arbeitsmarktpolitik folgt seit jeher einem liberalen Kurs. Der Einfluss der Sozialpartner ist dabei eher gering. Die Arbeitgeber_innen haben sich in vier zentralen Organisationen zusammengeschlossen. Die einflussreichste Organisation aufseiten der Arbeitgeber_innen ist neben der Estnischen Industrie- und Handelskammer (EKTK) vor allem die Zentralunion der Estnischen Arbeitgeber und Industriellen (ETTK), in der ca. 1.500 Unternehmen vertreten sind, die mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmer_innen des privaten Sektors beschäftigen. Eine weitere wichtige Interessenvertretung ist der Verband der kleinen und mittelständischen Unternehmen Estlands (EVEA) (EWS 2013). Nur noch knapp jede_r zehnte Arbeitnehmer_in ist Mitglied einer Gewerkschaft. Innerhalb des Gewerkschaftslagers besitzen die estnische Zentrumsliga der Gewerkschaften (EAKL) sowie die Organisation der Angestellten-Gewerkschaften (TALO) den größten Einfluss. Allerdings sind die Institutionen der Arbeitsbeziehungen in Estland schwach ausgeprägt. So finden sich etwa auf lokaler Ebene kaum gewerkschaftliche Vertretungen, und große Teile der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert.

Seit Beginn der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise orientiert sich die estnische Arbeitsmarktpolitik stark am Flexicurity-Modell nach dänischem und niederländischem Vorbild. Ein wichtiger Akteur ist dabei neben dem Sozialministerium vor allem die Estnische Arbeitslosenkasse (Eesti Töötukassa), die sowohl für die passive wie aktive Arbeitslosenunterstützung zuständig ist. Sie hat im Jahr 2009 die Aufgaben des Arbeitsamtes übernommen und unterhält in jedem Landkreis eine örtliche Vertretung (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2013).

Finanziert wird die Arbeitslosenversicherung über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, die sich auf 0,8 Prozent des Bruttolohns für Arbeitgeber_innen und 1,65 Prozent für Arbeitnehmer_innen belaufen (BMAS 2016). Die Arbeitslosenhilfe wird über Steuern finanziert und ist mit knapp 4 Euro pro Tag eher gering. Die Mittel für aktive und passive Arbeits-

marktmaßnahmen sind sowohl verhältnismäßig als auch absolut betrachtet äußerst knapp bemessen, zumal fast die Hälfte davon aus Mitteln des EU-Sozialfonds gespeist wird. Bei diesen Maßnahmen fokussiert die estnische Regierung in den vergangenen Jahren vermehrt auf Aktivierung, Bildung und Qualifizierung – auch mit Blick auf die Digitalisierung.

So werden erhebliche Ressourcen in den Ausbau digitaler Kompetenzen gesteckt. Im Rahmen des landesweiten Gaming-Projektes „Bit by Bit“ lernen beispielsweise Schüler_innen zwischen sieben und elf Jahren das Programmieren. Was für die Schulbildung gilt, wird inzwischen auch verstärkt in der Weiterbildung versucht, zum Beispiel mit Qualifizierungsangeboten wie „Tech Entrepreneurship“ oder „IT-Innovation“. Mit der „Lifelong Learning Strategy 2014–2020“, die das estnische Parlament im Jahr 2014 verabschiedet hat, sowie dem „Adult Education Act“ und dem „Professionals Act“ aus dem Jahr 2015 sollen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes mit Blick auf die Digitalisierung künftig noch besser bedient werden. Hier will das Sozialministerium künftig auch intensiver mit dem Bildungsministerium und der „Foundation Innove“ zusammenarbeiten.

6. POLITIKFELD INNOVATION

Die Zuständigkeiten der estnischen Innovationspolitik sind auf verschiedene Ministerien verteilt, liegen aber vornehmlich beim Ministerium für Bildung und Forschung (Haridus- ja Teadusministeeriumi) sowie beim Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation (Majandus- ja Kommunikatsiooniministeerium). Allerdings sind die Ausgaben für Innovationspolitik im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittlich. Das zeigt sich auch bei den allgemeinen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Auffallend ist, dass diese in Estland seit Jahren rückläufig sind – von 2,31 Prozent des BIP im Jahr 2011 gesunken auf 1,44 Prozent in 2014, während diese im gleichen Zeitraum in der EU-28 auf mehr als zwei Prozent gestiegen sind.

Auch die estnische Innovationspolitik setzt auf die Digitalisierung – und vor allem auf die Förderung des Unternehmertums. So stützt sich die estnische Wirtschaft auf eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen und weist eine überdurchschnittliche Gründerquote auf. Der Global Entrepreneurship Monitor (GEM 2016) bescheinigt Estland eine dynamische Entwicklung, hohe Innovationsbereitschaft und eine kontinuierlich steigende Gründungsbereitschaft. Zudem bietet Estland die Möglichkeit einer E-Residency, die auch ausländischen Bürger_innen offensteht, was sowohl die Startbedingungen für die Unternehmensgründung von Ausländer_innen fördert, als auch den Zuzug von Arbeitskräften erleichtert. Auch bei der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln holt Estland auf. Für eine umfassende Wachstumsfinanzierung hat der estnische Entwicklungsfonds im Jahr 2010 mit „SmartCap“ eine eigene Tochtergesellschaft gegründet, die Start-ups mit Kapital und Business Angels zusammenbringt. Zudem setzt der estnische Staat mit dem Entwicklungsfonds Arengufond gezielt auf die Förderung von Informationstechnologie und die Digitalisierung in den Anwendungsbranchen. So fließt etwa ein Viertel des gesamten industriellen Forschungsbudgets in den IKT-Sektor.

Dieser ist in diversen Clustern gebündelt (z. B. Estonian ICT-Cluster, Industry 4.0 Cluster, Connected Health Cluster) und gut mit dem estnischen Wissenschaftssystem verbunden. Im Verhältnis zur Größe des Landes verfügt Estland über eine international anerkannte Forschungslandschaft, gerade im Bereich der Informationstechnologie. Neben den drei staatlichen Universitäten in Tartu und Tallinn existieren zwei Kompetenzzentren (ELIKO, STACC), eine private Forschungseinrichtung (Cybernetica) sowie ein staatliches Forschungszentrum (KFBI).

In ihrer Digitalen Agenda 2020 bündelt die Regierung ihre Maßnahmen zur Verbesserung der IKT-Infrastruktur als Treiber der estnischen Wettbewerbsfähigkeit. Konkret plant sie unter anderem das Breitbandnetzwerk auszubauen und die Übertragungsgeschwindigkeiten zu erhöhen sowie die digitale Unterschrift stärker zu etablieren. Die Aktivitäten im Bereich der estnischen Innovationspolitik folgen dabei seit dem Jahr 2014 zwei mittelfristig angelegten Politikstrategien (2014–2020), der „Estonian Research and Development and Innovation Strategy“ sowie der „Estonian Entrepreneurship Growth Strategy“. Diese haben sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben bis 2020 auf drei Prozent des BIP zu erhöhen (Lissabon-Ziel), wobei zwei Drittel von der Wirtschaft finanziert werden sollen. In Anbetracht der in den vergangenen fünf Jahren stetig sinkenden Quote in diesem Bereich, erscheint dieses Ziel jedoch recht ambitioniert. Allerdings setzt Estland beim Ausbau von Forschung und Entwicklung konsequent auf Unterstützung durch die europäischen Strukturfonds. So sieht das aktuelle Operationelle Programm für Estland vor, dass in der laufenden Förderperiode 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, 3,53 Milliarden davon allein aus dem europäischen Kohäsionsfonds, mit speziellem Fokus auf die Innovationsfähigkeit der estnischen Wirtschaft.

7. FAZIT

Estland erfüllt sowohl aufgrund seiner bisherigen Vorreiterrolle (z. B. im Bereich des E-Government) als auch seiner Größe und Wirtschaftsstruktur beste Voraussetzungen, um von der zunehmenden Digitalisierung ökonomisch wie sozial zu profitieren. So hat sich bereits in den letzten Jahren gezeigt, dass die Digitalisierung des Gesundheitswesens (z. B. elektronische Patientenakte) manche Schwäche bei der medizinischen Versorgung (z. B. schlechtes Krankenhausnetz, wenige Ärzt_innen etc.) sehr wohl kompensieren konnte. Allerdings wird dadurch der strukturellen Polarisierung der Gesellschaft nur zum Teil begegnet. Nach wie vor herrscht in Estland eine Kluft zwischen reich und arm, jung und alt, Stadt und Land sowie Est_innen und Nichtest_innen. Diese hat sich auf dem Weg in die Informationsgesellschaft sogar in Teilen noch manifestiert – Gewinner_innen hier (z. B. junge, gut qualifizierte Beschäftigte in den Hightech-Clustern von Tallinn), Verlierer_innen dort (z. B. Beschäftigte im öffentlichen Dienst oder in der Landwirtschaft, Pensionär_innen, Nichtest_innen im Nordosten des Landes). Hier wird Estland in der Zukunft deutlich mehr in den Ausbau seines Wohlfahrtsstaates investieren müssen, um weiterer gesellschaftlicher Sprengkraft vorzubeugen.

Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2016: Sozialkompass EU, <http://www.sozialkompass.eu> (30.9.2016).

E-Estonia 2016: <http://www.e-estonia.com> (30.9.2016).

Europäische Kommission 2016: Digital Economy and Society Index DESI 2016, <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi> (30.9.2016).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWS) 2013: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den baltischen Staaten: Estland, Brüssel.

Global Entrepreneurship Monitor GEM 2016: 2015/2016 Global Report – <http://www.gemconsortium.org/report/49480> (30.9.2016).

OECD (2016)

Weltbank (2016)

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Referat Westeuropa/Nordamerika

Abteilung Internationaler Dialog

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

<http://www.fes.de/international/wil>

<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>

Bestellungen/Kontakt: FES-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-629-5

Titelmotiv: © ANDIA/VISUM

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

